

## **+ Erst den Arbeitsmarkt stärken, dann erhöhen**



**Christine Mayrhofer, Wirtschaftsforschungsinstitut (Wifo):**

Zwar wird man angesichts der steigenden Lebenserwartung irgendwann schon das Eintrittsalter erhöhen müssen, momentan würde man dadurch aufgrund der schlechten Marktsituation aber das Ziel der Pensionsfinanzierung nicht erreichen. Mehr als ein Drittel der Menschen, die in Alterspension gehen, tut dies nicht aus einem aktiven Beschäftigungsverhältnis. Einfach später in Pension zu gehen, brächte also genau gar nichts. Verlängern ist sinnvoll, wenn es Arbeitsplätze gibt. Auch die Effekte einer Anhebung des Frauenpensionsalters werden in der öffentlichen Debatte überschätzt.

## **- Arbeitsmarkt bietet sehr wenige Jobs für Ältere**

**Karl Blecha, Präsident des Pensionistenverbands:**

Das wäre völliger Unsinn. Wir haben einen Arbeitsmarkt, der für Ältere sehr wenige Jobs zur Verfügung stellt. Eine Anhebung wäre daher nur eine Kürzung der Pension. Denn jedes Jahr, das man vor dem gesetzlichen Eintrittsalter in Pension geht, bedeutet einen Abschlag von 4,2 Prozent. Wenn ich bei Männern von 65 auf 67 anhebe, haben 90 Prozent der Betroffenen zwei Jahre lang nicht den Schimmer einer Chance, noch erwerbstätig zu sein. Wir haben diese Jobs einfach nicht. Maßnahmen am Arbeitsmarkt und die Heranführung des faktischen Eintrittsalters an das gesetzliche haben hier Priorität.



PVÖ

## **+ „An die steigende Lebenserwartung anpassen“**



**Claudia Gamon, Neos-Abgeordnete:**

Ja, müssen wir. Wir werden immer älter und das ist gut so! Damit wir unser Pensionssystem aber „enklfit“ für die nächsten Generationen machen können, müssen wir es auch an die ständig steigende Lebenserwartung anpassen. Wir Neos schlagen hier einen flexiblen Pensionsantrittskorridor vor. Wer innerhalb des Korridors noch länger arbeitet, kriegt später Zuschläge auf die Pension. Wer schon früher in Pension gehen möchte, muss Abschläge in Kauf nehmen. Mit diesem System können wir einen echten Anreiz schaffen, länger im Erwerbsleben zu bleiben und den Bürgerinnen und Bürgern die Kontrolle über die eigene Altersvorsorge und den Pensionsantritt selbst in die Hand geben!

## **+ Kurzfristige Anhebung nein, langfristig ja**

**Bernd Marin, Rektor der Webster University Wien:**

Wie jede wissenschaftliche und juristische Antwort richtig lauten muss: Das hängt ganz davon ab. Kurz- bis mittelfristig (bis 2025) nicht, längerfristig (2025 bis 2050) ja. Rein demografisch nicht, sonst eher ja. Für Frauen rascher (ab 2018), für Männer erst im geschlechtsneutralen Gleichklang, also spätestens ab 2034. Die Ankündigung sollte mindestens 15 Jahre vor der Umsetzung erfolgen, das heißt spätestens 2019 für die Zeit ab 2034. Aber selbst eine sofortige, ganz geringfügige Anhebung des Pensionsalters um einen Monat jährlich für ein paar Jahre hätte eine große politische Signalwirkung, ohne irgendjemanden auch nur im Geringsten zu belasten.



APA



Ja

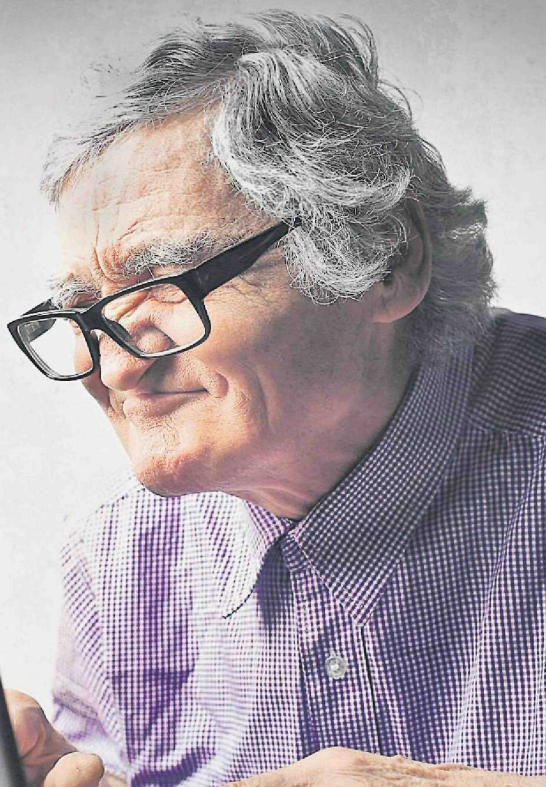


Nein



FRAGE DER WOCHE

# Müssen wir länger arbeiten?



Am 29. Februar will die Regierung Bilanz ziehen über den Zustand des Pensionssystems. Ob weitere Reformen notwendig sind oder nicht, sehen ÖVP und SPÖ unterschiedlich. Im Vorfeld des im Vorjahr gemeinsam vereinbarten Datums versuchte die ÖVP, den 29. zum Abgabetermin für eine Pensionsreform hochzustilisieren. Die SPÖ betont beharrlich, es sei genug

getan, man müsse nur noch auf die Wirkung der Reformen warten. Diese Woche nahm die ÖVP ihre Forderung zurück, die Angleichung des Frauenpensionsalters schon vor 2024 zu beginnen und das gesetzliche Pensionsalter automatisch mit der steigenden Lebenserwartung anzuheben. **Klaus Knittelfelder** und **Christina Traar** fragten Experten nach ihrer Meinung.

## Notwendig, um faktisches Antrittsalter anzuheben



**Wolfgang Mazal, Arbeits- und Sozialrechtsexperte:** Die Anhebung des gesetzlichen Pensionsalters ist eine entscheidende Maßnahme zur notwendigen Anhebung des faktischen Pensionsalters. Sie würde aufdecken, dass bei uns ein Problem der Altersarbeitslosigkeit besteht und massive Veränderungen in der Beschäftigungskultur von Firmen und im Arbeitsrecht notwendig sind, um es zu lösen. Verstecken wir dies nicht länger in frühzeitiger Pensionierung. Außerdem ist es sinnvoll und verfassungsrechtlich notwendig, eine Anhebung des gesetzlichen Alters frühzeitig festzulegen, damit sich die Menschen darauf einstellen können. Zuwarten verzögert all das noch weiter. DONAU-UNI KREMS

## Pensionssystem ist umfassend reformiert

**Josef Wöss, Abteilungsleiter Sozialpolitik, Arbeiterkammer Wien:** Es besteht keinerlei Anlass für eine Anhebung über 65. Das Pensionssystem wurde umfassend reformiert, Schritte wurden gesetzt, um das faktische Antrittsalter näher an das gesetzliche heranzuführen. Das wird mit den Reformen ebenso gelingen wie die Eindämmung des Kostenanstiegs. Die große Herausforderung besteht jetzt darin, den Arbeitsmarkt mit den Änderungen mitzuziehen. Hier sind vor allem die Unternehmen gefordert. Es wäre also abwegig, den 65-Jährigen den Zugang zu einer Pension zu verweigern, wenn es gleichzeitig fast 500.000 Arbeitslose gibt.



## „Aber vorher bitte das Faktische erhöhen“



**Ingrid Korosec, Chefin des ÖVP-Seniorenbundes:** Man muss sich nur anschauen, wie lange die Menschen in Pension sind: Während es 1971 noch acht Jahre waren, sind es heute mehr als 22. So positiv eine höhere Lebenserwartung ist, es besteht auch Handlungsbedarf. Also muss das gesetzliche Antrittsalter natürlich irgendwann erhöht werden. Pensionsantritt mit 67 könnte ich mir gut vorstellen. Aber solange man das faktische Antrittsalter nicht anheben kann, bringt eine Erhöhung ja nichts. Würden wir die Anhebung des faktischen Pensionsantrittsalters schaffen, wären wir auch ohne eine Erhöhung des gesetzlichen hochweiß. Zur vorzeitigen Anhebung des Frauenpensionsalters möchte ich gar nichts sagen, weil sie politisch nicht machbar ist.

## „Antrittsalter jährlich um zwei Monate erhöhen“

**Dénes Kucsera, Pensionsexperte bei Agenda Austria:** Ja, wir müssen das gesetzliche Pensionsantrittsalter erhöhen. Wegen der steigenden Lebenserwartung werden die Pensionen immer länger ausbezahlt. Das verursacht zusätzliche Kosten, die jetzt auf alle Steuerzahler übergewälzt werden. Die Kosten für Pensionen im Budget sind schon fast so hoch wie die gesamten Lohnsteuereinnahmen. Daher sollte das gesetzliche Pensionsantrittsalter ähnlich wie die Lebenserwartung jährlich um zwei Monate ansteigen, bis es 67 Jahre beträgt. Ein flexibler Pensionsantritt soll weiterhin möglich sein – jedoch mit Abschlägen, damit das Loch in der Pensionskasse nicht weiter vergrößert wird.

